

5-51, 3. 40-44, 4.
Schweine 1. Sorte 4
2. 50 Rfl. mit 20 pSt.
3. 56, 2. 0,43-0,48, 3.
4. 60 Rfl. mit 20 pSt.
5. 60 Rfl. mit 20 pSt.
6. 60 Rfl. mit 20 pSt.
7. 60 Rfl. mit 20 pSt.
8. 60 Rfl. mit 20 pSt.
9. 60 Rfl. mit 20 pSt.
10. 60 Rfl. mit 20 pSt.
11. 60 Rfl. mit 20 pSt.
12. 60 Rfl. mit 20 pSt.
13. 60 Rfl. mit 20 pSt.
14. 60 Rfl. mit 20 pSt.
15. 60 Rfl. mit 20 pSt.
16. 60 Rfl. mit 20 pSt.
17. 60 Rfl. mit 20 pSt.
18. 60 Rfl. mit 20 pSt.
19. 60 Rfl. mit 20 pSt.
20. 60 Rfl. mit 20 pSt.
21. 60 Rfl. mit 20 pSt.
22. 60 Rfl. mit 20 pSt.
23. 60 Rfl. mit 20 pSt.
24. 60 Rfl. mit 20 pSt.
25. 60 Rfl. mit 20 pSt.
26. 60 Rfl. mit 20 pSt.
27. 60 Rfl. mit 20 pSt.
28. 60 Rfl. mit 20 pSt.
29. 60 Rfl. mit 20 pSt.
30. 60 Rfl. mit 20 pSt.
31. 60 Rfl. mit 20 pSt.
32. 60 Rfl. mit 20 pSt.
33. 60 Rfl. mit 20 pSt.
34. 60 Rfl. mit 20 pSt.
35. 60 Rfl. mit 20 pSt.
36. 60 Rfl. mit 20 pSt.
37. 60 Rfl. mit 20 pSt.
38. 60 Rfl. mit 20 pSt.
39. 60 Rfl. mit 20 pSt.
40. 60 Rfl. mit 20 pSt.
41. 60 Rfl. mit 20 pSt.
42. 60 Rfl. mit 20 pSt.
43. 60 Rfl. mit 20 pSt.
44. 60 Rfl. mit 20 pSt.
45. 60 Rfl. mit 20 pSt.
46. 60 Rfl. mit 20 pSt.
47. 60 Rfl. mit 20 pSt.
48. 60 Rfl. mit 20 pSt.
49. 60 Rfl. mit 20 pSt.
50. 60 Rfl. mit 20 pSt.
51. 60 Rfl. mit 20 pSt.
52. 60 Rfl. mit 20 pSt.
53. 60 Rfl. mit 20 pSt.
54. 60 Rfl. mit 20 pSt.
55. 60 Rfl. mit 20 pSt.
56. 60 Rfl. mit 20 pSt.
57. 60 Rfl. mit 20 pSt.
58. 60 Rfl. mit 20 pSt.
59. 60 Rfl. mit 20 pSt.
60. 60 Rfl. mit 20 pSt.
61. 60 Rfl. mit 20 pSt.
62. 60 Rfl. mit 20 pSt.
63. 60 Rfl. mit 20 pSt.
64. 60 Rfl. mit 20 pSt.
65. 60 Rfl. mit 20 pSt.
66. 60 Rfl. mit 20 pSt.
67. 60 Rfl. mit 20 pSt.
68. 60 Rfl. mit 20 pSt.
69. 60 Rfl. mit 20 pSt.
70. 60 Rfl. mit 20 pSt.
71. 60 Rfl. mit 20 pSt.
72. 60 Rfl. mit 20 pSt.
73. 60 Rfl. mit 20 pSt.
74. 60 Rfl. mit 20 pSt.
75. 60 Rfl. mit 20 pSt.
76. 60 Rfl. mit 20 pSt.
77. 60 Rfl. mit 20 pSt.
78. 60 Rfl. mit 20 pSt.
79. 60 Rfl. mit 20 pSt.
80. 60 Rfl. mit 20 pSt.
81. 60 Rfl. mit 20 pSt.
82. 60 Rfl. mit 20 pSt.
83. 60 Rfl. mit 20 pSt.
84. 60 Rfl. mit 20 pSt.
85. 60 Rfl. mit 20 pSt.
86. 60 Rfl. mit 20 pSt.
87. 60 Rfl. mit 20 pSt.
88. 60 Rfl. mit 20 pSt.
89. 60 Rfl. mit 20 pSt.
90. 60 Rfl. mit 20 pSt.
91. 60 Rfl. mit 20 pSt.
92. 60 Rfl. mit 20 pSt.
93. 60 Rfl. mit 20 pSt.
94. 60 Rfl. mit 20 pSt.
95. 60 Rfl. mit 20 pSt.
96. 60 Rfl. mit 20 pSt.
97. 60 Rfl. mit 20 pSt.
98. 60 Rfl. mit 20 pSt.
99. 60 Rfl. mit 20 pSt.
100. 60 Rfl. mit 20 pSt.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise: Neuß und Grevenbroich.

Redaction: Jos. Guman. Expedition: Neuß, Markt 15. Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei.

Str. 55. Mittwoch den 10. März 1897. (Quat., 40 M. +.) 24. Jahrgang.

In den Flottenplänen
hat sich nun in der Budgetcommission des Reichstages auch der Reichstagspräsident geäußert. Seine Erklärung kann wiederum befruchtend auf die weiteren Verhandlungen wirken. Wir wollen aber auch gleich bemerken, daß wir ihm doch nicht geglaubt hätten, auch wenn er den Staatssekretär Hollmann auf das allerbestimmteste „desavouirt“ hätte. Im Jahre 1893 hat Graf Caprivi den Staatssekretär desavouirt; das hat aber die Marineverwaltung nicht im mindesten abgehalten, im Sinne der Antinabungen des Staatssekretärs weiter zu arbeiten. In der vorigen Session hat die Regierung alle uferlosen Flottenpläne weit von sich gewiesen und nur einen allmählichen Ausbau der Flotte in gemäßigtem Tempo als notwendig bezeichnet; es wurde für dies Jahrhundert nur mehr ein Panzerkreuzer verlangt. Und nun bekundet man, daß man in den nächsten 4 Jahren den Reichstag auf 328 Millionen für neue Schiffe haften will. Unter solchen Umständen kann man von uns nicht verlangen, daß wir uns durch solche Worte beschwichtigen lassen. Fürst Hohenlohe versucht das vernünftigerweise auch nicht einmal. Seine Erklärung bestand ausschließlich aus allgemeinen Redewendungen und selbstverständlichen Bemerkungen, durch die man aber nichts klärer wird. Nur soviel ist zu erkennen: Fürst Hohenlohe macht gute Miene zum bösen Spiele und schwimmt lustig mit hinaus in den uferlosen Ocean, auf dem sich nächstens unsere „Weltflotte“ tummeln und schwebende Schlachten liefern wird. Allen Anschein nach hat er selbst das von Herrn Hollmann vorgelegte Schriftstück vorher nicht gekannt, andernfalls verheißt er sich seinen Bemerkungen nicht, es der Commission als ein ganz herrliches Stück Papier darzustellen. Daß es keine neue „Regierungsvorlage“, noch eine offizielle „Denkschrift“ ist, sondern lediglich „informatorischer Charakter“ hat, wissen wir auch. Herr Hollmann hat das selbst gesagt. Auch den Inhalt braucht der Reichstagspräsident der Commission nicht weiter zu umschreiben. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Marineverwaltung der Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages bedarf, ehe sie ihre Pläne verwirklichen kann. Mit etwas Optimismus kann man aus der letzten Bemerkung des Reichstagspräsidenten: „wann und in welchem Umfange diese Zustimmung erteilt wird, muß sich selbstverständlich nach der geläuterten Finanzlage, d. h. einerseits nach den zur Verfügung stehenden Einnahmen und andererseits nach dem Ausgabebedarf auch der übrigen Ressorts richten“, annehmen, er beabsichtigt, sich den zu weit gehenden Forderungen der Marineverwaltung zu widersetzen. Aber da er selbst es als unabweisbare Aufgabe des Reiches bezeichnet, nach Maßgabe des Hollmann'schen Schriftstückes eine Flotte zu schaffen, so würde sein Widerstand schließlich allzu stark sein. Schließlich würde er ja auch gar nichts nützen. Das Auftreten des Staatssekretärs Hollmann erweckt ganz den Anschein, als handele es sich für ihn jetzt um Wiegens oder Brechens. Die kräftige Seemannssprache, sein Aufhämmern mit der Faust auf seine Actenstücke, sein Prophezeien der unvermeidlichen Seeschlacht, alles spricht dafür, daß er jetzt seine Stellung an die Durchführung der Marineforderungen setzen wolle oder müsse. Wir sind überzeugt, er wird sie nicht durchsetzen. Die Nationalliberalen, Conservativen und Reichsparteiler scheinen ja bereits mit Leib und Seele dafür zu sein. Vielleicht lassen sich auch die Freisinnigen von der Reichstagslinie überzeugen, aber selbst wenn noch die Antisemiten hinzukämen, gäbe es keine Mehrheit. Die Forderungen des Staatssekretärs gehen hervor, daß von uferlosen Flottenplänen nicht die Rede sein soll. Auf den Namen kommt es aber wahrlich nicht an. Das zugestanden Ziel ist eine Flotte ersten Ranges gleich der französischen. Das ist bisher niemals als Ziel bekannt geworden; immer hat man sich mit einer Flotte ersten Ranges unterhalten und hätten sie auch nicht nötig. Setzt man sich schon überzeugt, daß es bei einer Flotte gleich der französischen nicht bleiben, sondern, sobald dies Ziel erreicht wäre, die englische Flotte unter Ideal würde. Man sagt bezeichnenderweise: was in der Denkschrift steht, braucht den Reichstag nicht zu kümmern; er habe es nur mit dem vorliegenden Etat zu thun. Durch dessen Annahme binde er sich nicht für die Zukunft, sondern bei den späteren Etats könne er mit den Marineforderungen immer noch thun, was er wolle. Der Reichstag soll also Bindendes spielen, kann er unmöglich thun, als jehe er nichts, und schließlich bewilligen. Im Gegentheil, jetzt, wo er weiß, daß noch so ungeheure Forderungen im Hintergrunde lauern, und jede

Willingung die Marineverwaltung zu größeren Forderungen begehrt, muß er erst recht freizügig, um von vornherein unzweifelhaft auszusprechen, daß er sich nicht verlocken lassen wird. Ohne Zweifel wird er auch recht ernüchternde Streichungen vorsehen. Wenn das den Parteien, die durch die Marineverwaltung „überzeugt“ worden sind und glauben, ihre Darlegungen hätten das Märchen von den uferlosen Plänen beseitigt, nicht recht ist, so möge sie doch die Regierung auffordern, den Reichstag aufzulösen.

In der Lage im Orient.
Die Antwort Griechenlands auf die Kollektivnote der Mächte hat schließlich, als ihr Inhalt bekannt wurde, keinerlei Ueberraschung erzeugt. Schon vorher waren so viele Andeutungen in die Öffentlichkeit gedrungen, daß es leicht war, sich eine Vorstellung von dem Inhalte zu machen. Ob die Mächte, welche actionsbereit sein wollen, nunmehr gegen das renitente Griechenland, dem sie so viel „Milbe“ erwiesen, vorgehen werden, ist auch jetzt noch fraglich. „Es liegen Anzeichen genug vor“, wird der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin geschrieben, daß einzelne Mächte auch zu weiteren Verhandlungen (mit Griechenland) geneigt sind und wahrheitsgemäß schon in den letzten Tagen inoffiziell verhandelt haben. Deutschland, so heißt es weiter, „wird sich darauf nicht einlassen, es nimmt, falls Griechenland die Forderung der Mächte ablehnt oder aus Bedingungen kauft, an keinen weiteren Verhandlungen mehr Theil und an den Zwangsmaßnahmen nur dann, wenn sie von allen Mächten gleichmäßig unternommen werden.“ Die Correspondenz war vor dem Eintreffen der griechischen Antwort geschrieben. Hoffentlich hält auch jetzt noch Deutschland an diesem Standpunkt fest, lieber wäre es uns freilich, wenn es sich in die orientalischen Wirren in dieser Weise überhaupt nicht eingelassen hätte, die Zurückhaltung, die Deutschland sich jetzt auferlegt, halten wir für besser, als wenn es, wie es im Anfang den Anschein hatte, bei einer Weigerung der Mächte, auf seinen Blockade-Vorschlag einzugehen, allein gegen Griechenland vorgegangen wäre. Aufstand und Frankreich spielen sich so gerne als die Hüter der Ordnung im Orient auf; warum ereifern sie sich nicht für die Erhaltung des status quo? England wird schon dafür sorgen, daß die beiden Verbündeten nicht zu

übermüthig werden. Deutschland ist vollständig untheilhaftig bei den Dingen im Orient, es kann rathen, es braucht aber nicht Europa zur That zu alarmiren, wenn einmal so ein kleiner „Seeräuber“ von Europas Gnaden etwas widerhaarig wird.
Nach der Sprache zu urtheilen, welche die maßgebenden Persönlichkeiten Griechenlands fortgesetzt führen, scheint die griechische Regierung entschlossen zu sein, ihre einmal eingeschlagene Politik nicht aufzugeben, sondern sie consequent zu verfolgen. Am entschlossensten zeigt sich der König selbst. Es scheint, als ob er um seine Krone kämpfe. Einer hochstehenden Person soll er erklärt haben, er betrachte jede Gewaltmaßregel, die Europa gegen sein kleines Königreich anwenden würde; er werde das Beispiel geben zur Erhebung aller noch unter dem Tyrannenjoch stehenden Völker. Gelingen ihm dies nicht und sollten die Mächte die Türken durch eine Blockade der griechischen Häfen unterdrücken, so werfe er Europa seine Krone vor die Füße. Er wolle dann nicht mehr König der Hellenen sein, weil die Mehrheit der Hellenen den Sultan zum Herrn hätten, während die Mächte selbst sich um Mittel des Tyrannenreiches ernüchterten. Das ist deutlich genug. Man kann nicht einmal behaupten, daß er die Lage im Orient tendenziös gesehe; er gleicht dem Wilde, das er von dem gegenwärtigen Zustande entworfen, Zug für Zug.
Die Rüstungen werden fieberhaft fortgesetzt. In alle Welt sind die Aufforderungen an die griechischen Staatsangehörigen ergangen, zum Schutze des Vaterlandes zurück zu kehren. Es betreibt seine Vorbereitungen mit eifrigem Eifer. Der Krieg zwischen Griechenland und der Türkei scheint unausbleiblich. Ein Ausbruch der Feindseligkeiten an irgend einem Punkte wird täglich befürchtet. Zwischen den Türken und Griechen in Konstantinopel macht sich bereits eine gereizte Stimmung bemerkbar. Ungefähr 200 000 durchwegs bewaffnete Griechen sollen in der türkischen Hauptstadt anlässlich sein.
* Mailand, 8. März. Griechische Offiziere kauften hier 75 000 Wolldecken gegen Baarzahlung ein mit einem Chef aus Paris. Von hier begaben sie sich nach Turin, wo sie über den Einkauf weiterer 75 000 Decken unterhandeln.
* Paris, 8. März. Hier eingelaufene diplomatische Berichte belagen, wie verlautet, daß Serbien und Bulgarien sich zwar actionsbereit halten, daß aber Serbien nicht loszulegen wird,

Die Kinder des Schusters.

Von A. Benck-Schuppe.
Nachdem verboten.
„Ich bin mit dem gestrigen Abend nicht ganz zufrieden, Mutter“, sagte der reiche Schmiedler Sterlich zu seiner Frau.
„So? Es fehlte uns aber doch nicht an Auszeichnung. Und Hermine — sie war ja geradezu umringt von Verehrern.“
„Da hast Du recht. Aber was nützt das? Hermine macht sich einen Pfiffelring daraus, das Mädel hat ja lange bei der Großmutter gelebt, die hat ihr allerlei bißliches Zeug in den Kopf gesteckt und sie für unsere Pläne verblödet.“
„Ja, es ist ein naderliches Ding, das Mädel. Jede andere würde vor Vergnügen bis an die Decke springen, wenn ihr so was geboten würde, aber die macht wo möglich ein gelangweiltes Gesicht dazu und läßt die Cartmager jappeln.“
„Möchte sie doch. Wenn sie nur dem Einen wenigstens einmal einen gnädigen Blick gönnte — aber nein, er ist ihr wie Luft und doch war es eine glänzende Partie für das dumme Ding.“
„Ja freilich — aber für ihn wohl noch mehr.“
„Doch mehr? Wegen der paar Gulden die sie mitbringt noch mehr? Glaubt Du nichts auf den Namen? Er ist von altem Adel. Seine Vorfahren dienten im Heer, erst sein Großvater hat die Porzellanfabrik errichtet und die bringt was ordentliches ein — ob sein Vater auch nur mit des Schusters Tochter aufleben sein wird?“
„Warum nicht? Bei unserm Gelde.“ — Und mit diesen Worten schlug die bide häßliche Frau Sterlich sich behaglich auf die Kleiderbank.
„Wie ist immer Angst, daß die Hermine sich was Andres in den Kopf setzt. Du weißt der Adolf.“
„Der?“ antwortete Frau Sterlich mit verächtlicher Miene.
„Ja, der. Er ist ein unmüthiger, junger Mann, mein lieber Arbeiter. Ich habe dann und wann einen Blick von ihm erhascht, wenn er die Hermine ansteht, da ist er wie übergeschnappt. Und das Mädel gönnt ihm auch ihr fremdliches Lächeln — so was freit der Herr Baron nicht an sehen.“
„Das wäre ja der reine Wahnsinn, wenn Hermine

sich das einbildete. Der blonde Adolf stammt aus armer, geringer Familie.“
„Ja freilich.“
„Das mag sie doch einsehen. Ich glaube auch noch nicht an ein Einverständnis zwischen den Beiden.“
„Ich auch nicht; aber es könnte doch kommen. Wie ist ihre Stellung im Hofball verblödet.“
„Was man doch mit den Kindern für Kummer hat! Wenn mir das so geboten worden wäre wie dem Edward, einmal ein vornehmer Herr werden zu können — ich hätte mich vor Freude dreimal in der Luft überschlagen.“
„Wist auch so einer; wärst Du klug die eine reiche Frau anzuschauen?“ — dabei kloppte Frau Sterlich wieder behagig auf ihre Tasche — „da braucht man kein Gelehrter zu werden.“
„Aber der Edward soll es“, und der Schuster schlug mit der Faust auf den Tisch, woran sie saßen, „soll Titel und Orden erhalten, aber der Rabe kommt nicht vorwärts mit dem Vorne, es ist ein Jammer, mait, müde und unzufrieden ist er, dabei das Aristocraten-Gesicht vor der Thüre! Wenn der Rabe durchkäme — ich wüßte nicht was ich machte — ich glaube ich schlage ihn todt.“
„Aber Karl! So was will ich von Dir nicht mehr hören. Der Edward hat mir leid, wegen meiner brandige er sich nicht so zu schämen, Da wirst alle Tage reich, als angesehener Fabrikherr kannst Du Dir auch noch kommen auch noch den Söhnen zugute, sie gelten für Vornehme.“
„Sie sollen's aber auch wirklich sein. Herr Präbent Sterlich — vielleicht sogar später einmal „von Sterlich“, das klingt noch ganz anders wie Herr Fabrikbesitzer — und zu dem Punkte laß ich mir nicht dreinreden.“
Sprach's, schlug wiederum mit der Faust auf den Tisch und entfernte sich aus dem Zimmer.
Schmiedler Sterlich war aus einem kleinen Stadt gebürtig, wo seine alte Mutter noch lebte und als Witwe, mit Hilfe eines tüchtigen Altesseelen, unter dem ein paar Bechlinge arbeiteten, das Schmiedewerkzeuggeschäft ihres verstorbenen Mannes noch leitete. Ein Sohn von ihr lebte als Klempnermeister an demselben Orte. Weiter Verwandte waren bescheiden, doch boten sie ein angenehmes Auskommen für Mutter und Sohn, sowie der Familie des Vaters. Unter Schuster, der älteste Sohn, hatte sich aber in größerer Stadt angeheiratet und fand für seine trefflichen Leistungen bald großen Abzug. Er kündigte an, daß er seine Fußfelleidung in anatomischer Weise verfertige, ganz dem natürlichen Bau des Fußes

anpassend, also nicht, wie man gewohnt ist, Schuh oder Stiefel spitz anzulaufen, sondern breiter, dem Fuß nach entsprechend. Natürlich wurde bei ihm ansehnlich auch noch in allgemeiner Weise geachtet. Karl Sterlich war ein sehr hübscher, reich begabter junger Mann, anders, höher zu werden wie der Schuster, doch seine Eltern gingen nicht darauf ein. Um so mehr gipfelte sein ganzes eifriges Streben dahin, von dem Plaze aufzukommen, der ihm so sehr fehlte, und so hoch wie möglich emporzukommen. Er bestrahlte zu dem Zwecke eine reiche, hübsche Bürgerstochter, die sich in den häßlichen Wachsen verheiratet hatte, ohne daß sein Herz von wahrer, inniger Liebe bewegt gewesen wäre. Er wollte nur am jeden Preis vorwärts kommen, so vornehm wie möglich werden, und was ihm hieran fehlte, das sollten seine Kinder ererben, Hermine eine vornehme Heirat machen, Edward sollte händeln, am reichsten Rang und Stand zu erlangen, und der jüngere Georg, so hoffte er, würde als Officier eine glänzende Laufbahn ererben; darum drehte sich all sein Denken und Thun. Seine Frau, die hübsche bide Rosa, war damit einverstanden; doch unterließ sie seine Pläne durchaus nicht in leidenschaftlich drängender Weise. Sie war schon von Haus aus eine vornehme kleine Person, die so wenig wie möglich arbeitete, sich dabei sehr viel auf ihr Geld einbildete und es für ganz selbstverständlich hielt, daß die Folgen ihres Wollens sich verwirklichen würden. Mit der Zeit hatte Sterlich noch eine Schwaigertochter eingeheiratet, aus ansehnlichem Hause, wie schon gesagt, auch noch der bade Ränker fühlte, denn von dort gingen die, nach anathomischen Grundsätzen gearbeiteten Stiefel und Schuhe in die Welt. Das Ehepaar war, wie man so sagt, 11 Uhr Meße, das ergaben ihnen vornehmer, und zwar gebührend angezogen. Auch nach katholischen Casino gehalten wurde, aber von wahrer, tief innerer Frömmigkeit hatte sie keine Rede. Anders stand es mit Hermine, die hatte jaurelang im Hause der Großmutter gelebt, und zwar als Waise der Betreuer; dort war sie in tiefer Frömmigkeit erzogen worden. Der Prunk und das Vornehmthum im Hause der Eltern war nicht nach ihrem Geschmack. Ihr reines, warmes Gemüth schmeckte nach Besserm und Höherem. Sie hatte auch gern etwas tüchtiges gelernt und fleißig gearbeitet. Schon

bei Zeiten hatte sie die Großmutter darauf hingewiesen. „Du mußt Dir selbst dein Brod verdienen können“, hatte die alte Frau zu ihr gesagt, „auch wenn Du es einmal nicht nötig haben solltest, so ist die Hegezeit nicht umsonst für Dich gewesen. Wohl dem Mädchen, was auf eigenen Füßen stehen kann.“ Da Hermine sehr begabt war, weit mehr wie ihr Bruder Edward, so hatte sie gern ihr Lehrgemüth-Gezamen gemacht, aber das erlaubte der Vater nicht. Sie that nun ihr Möglichstes, am eine eble Wittfaukeit zu haben und wurde Mitglied des Balleis und des Paracamenten-Vereines. Dagegen hatte ihr Vater nichts eingeanden, denn seine Tochter kam ja bei dieser Gelegenheit mit vornehmen Damen zusammen, die das lebenswürdige, anmuthige Mädchen mit größter Theilnahme beobachteten. Oft fand sie sich mit innigster Andacht beim Tische des Herrn im Hause und der war — der blonde Adolf. Auch er besaß täglich das Gotteshaus, und so trafen sich die Beiden öfters auf dem Wege dorthin und von da zurück. Adolf war gut und reich begabt an Herz und Verstand, aber er war arm. Hoffnungen in betreff Hermine's wagte er nicht in seiner Seele zu nähren, aber das holde Mädchen zu lieben und zwar mit der ganzen Inbrunst seines Herzens, das konnte er nicht verhindern. Auch an ihm wurde der Anspruch des gemüthvollsten aller neueren Dichter, Emanuel Geibel wahr: „Wenn's irgend auf dem Erdenrund ein anentworfenes Mädchen gibt, so ist's ein junges Menschenherz, das fromm zum erstenmale liebt.“ Dies war auch bei Hermine der Fall. Auch in ihrem Herzen war die zarte Flamme einer keuschen Liebe erblüht und erfüllte es mit wunderbarem Duft. Sie liebte Adolf und füllte mit größter Klarheit, daß auch sie von ihm geliebt wurde. Weder Worte noch Handlungen fanden statt, die ihre Gefühle bestätigten. So unerreichbar fern dem guten Adolf auch die Tochter seines reichen Meisters stand, dessen Gefinnungen ihm nicht verborgen geblieben waren, so fühlte er doch, daß er der Geliebten nicht gleichgültig war, und dieses Gefühl besaßte ihn, wenn er auch andererseits sich oft nicht der Schwermuth erwehren konnte, denn daß der Meister seine Einwilligung geben würde, glaubte er nicht. Doch freilich sagte er sich auch: Bei Gott ist kein Ding unmöglich. Am ungünstigsten fühlte sich der arme Edward. Er war nur müßig begabt. Mit Freunden hatte er ein Handwerk als Lebensberuf ergriffen, aber er mußte ja händeln. Maßlos hatte er sich durch die

wenn nicht Bulgarien anfängt, und Bulgarien soll vorläufig nicht gelassen, anzufangen.

Paris, 8. März. Einige Deputierte von der äußersten Linken sandten an den Präsidenten der griechischen Deputiertenkammer ein Telegramm, worin sie ihre Sympathie für die griechische Sache ausdrücken, die die Sache der Zivilisation sei.

Köln, 8. März. Der „Köln. Stg.“ wird aus Wien telegraphiert: Scharfe Zwangsmaßnahmen, die nicht nur die Blockade des Piräus, sondern auch die Einschließung der Insel Kreta vorzusehen, sind von den Admiralen der Mächte vereinbart und von Österreich-Ungarn, Deutschland und Russland bereits angenommen worden.

London, 9. März. Die „Times“ und „Daily Chronicle“ veröffentlichten den Wortlaut der Antwort Griechenlands auf die Note der Mächte, dessen Hauptinhalt folgender ist: Die griechische Regierung theilt die Sorge der Mächte für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und wünscht die Bevölkerung Kreta's vor dem vollständigen Ruin zu bewahren. Die griechische Regierung glaubt, daß der Plan zur Errichtung einer Autonomie für Kreta, den die Mächte angenommen haben, nicht die ebenen Absichten derer befriedigen würde, die ihn in's Leben riefen und daß er das Schicksal der verschiedenen Pläne für die Verwaltung der Insel theilen werde.

Kanea, 8. März. Die letzten aus Selino an der Sunda-Bai angelangten Nachrichten besagen, daß die begonnene Auslieferung der Truppen der Mächte des schlechten Wetters wegen unterbrochen werden mußte. Man glaubt, daß sie heute Abend beendet werde. Die Colonie ist 550 Mann stark und führt vier Kanonen.

Konstantinopel, 8. März. Gestern ging von Muradli der zweihundertwanzigste Militärauszug ab. Bis jetzt sind 30 kleinasiatische Regimentsbataillone nach Saloniki abgegangen.

Paris, 9. März. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Kanea hätten die Türken heute früh 2 Uhr die bei Akrotiri lagernden Griechen angegriffen. Ein erster Kampf habe sich entsponnen. Die telegraphische Verbindung mit Suda-Bai ist abgebrochen.

London, 9. März. Die „Times“ und „Daily Chronicle“ veröffentlichten den Wortlaut der Antwort Griechenlands auf die Note der Mächte, dessen Hauptinhalt folgender ist: Die griechische Regierung theilt die Sorge der Mächte für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und wünscht die Bevölkerung Kreta's vor dem vollständigen Ruin zu bewahren. Die griechische Regierung glaubt, daß der Plan zur Errichtung einer Autonomie für Kreta, den die Mächte angenommen haben, nicht die ebenen Absichten derer befriedigen würde, die ihn in's Leben riefen und daß er das Schicksal der verschiedenen Pläne für die Verwaltung der Insel theilen werde, womit auf Kreta erfolglose Versuche angestellt worden sind. Wenn der neue Vorschlag nicht dazu angethan ist, endgültig die Ordnung wieder herzustellen, zweifelt die griechische Regierung nicht, daß Anarchie und der fanatistische Haß das Land weiter verheeren werden. Die Regierung legt daher den Mächten dringend ans Herz, nicht auf der geplanten Autonomie zu bestehen, sondern lieber Kreta Griechenland zu übergeben. Mit Rücksicht auf die Anwesenheit der vereinigten Geschwader in den kretensischen Gewässern dürfte das weitere Verweilen der griechischen Flotte unnötig sein. Das Verbleiben des griechischen Heeres auf der Insel ist indessen zur Wiederherstellung der Ordnung wünschenswert.

Die heilige Pflicht Griechenlands verbietet ihm, das kretensische Volk den Mohammedanern auf Gnade oder Ungnade auszuliefern. Wenn die griechischen Truppen auf Kreta den Auftrag der Mächte, die Insel zu beruhigen, erhalten hätten, würden die Wünsche der Mächte prompt ausgeführt worden sein. Die Note appelliert schließlich an die Mächte, das kretensische Volk selbst erklären zu lassen, wie es regiert zu sein wünscht.

London, 9. März. Lord Salisbury hatte gestern Abend auf Schloß Windsor eine Unterredung mit der Königin über die kretensischen Angelegenheiten. Nach seiner Rückkehr empfing er im Auswärtigen Amt die Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Russlands. Die Antwort Griechenlands gilt als nicht befriedigend. Infolgedessen wurde die Blockade beschlossen. Der Ministerrat prüfte gestern Abend die Vorschläge der Admirale, die den telegraphischen Befehl zur Auslieferung der Blockade des Piräus und Kanea erhalten. Die Blockade soll sofort beginnen.

verschiedenen Klassen des Gymnasiums gequält, war in mancher Fuge geblieben. Gleich und traurig sah er aus. Immer düsterer wurde das Leben für ihn, denn nun stand ja das Abiturienten-Examen vor der Thür. Würde er es bestehen? Er verzweifelte daran. An Germinie trat nun aber auch viel Schwerkere heran. Das Leben ja ganz tagte ihr ohnedem nicht besonders zu. Am liebsten wäre sie wieder zur alten Großmutter geeilt, wenn — ja wenn der Adol nicht gewesen wäre. Der Vater hätte es freilich auch nicht gewiesen, denn Germinie sollte ja jetzt in Gesellschaften und auf Bällen glänzen, um eine vornehme Person zu machen. Ein oder zwei Heiratsschancen hatte sie bereits zurückgewiesen. Ein reiches Mädchen bekommt sie ja dünkelt. Sie wollte recht gut, daß es ihrem Gelde galt und vergaß in ihrer Beschäftigung darauf, daß auch jeder ihre liebende Person gern mit in Rauf genommen hätte.

(Schluß folgt.)

Deutschland

Berlin, 9. März.

Der Reichstag nahm am Montag, nach achtstündiger Pause, seine Plenarsitzungen wieder auf und zwar mit Beratung des Etats des Reichstages. Die Budget-Kommission beantragte eine Resolution, in welcher die veränderten Reorganisationen um einen Nachtragsetat für ein Präsidialgebäude ersucht werden. Ein Antrag von Levetzow-Schmidt-Eberfeld und Genossen aus allen Parteien des Hauses wollte dagegen eine entsprechende Rate, 300,000 M., gleich in den vorliegenden Etat einstellen. Außerdem lag hierzu der Antrag (Resolution) Ander vor, betr. Gewährung von Diktanden an die Reichstagsabgeordneten. Abg. Beck (freis. Volksp.) führt Beschwerde darüber, daß im vorigen Sommer die Reichstagsräume zu der Ausstellung für Amateur-Photographie hergegeben worden seien, und wünscht, daß dergleichen nicht wieder vorkomme. — Abg. Pichler (Str.) wünschte eine vermehrte etatsmäßige Anstellung von Reichstagsstenographen, so daß nicht dergleichen wie bisher von Hilfsstenographen Gebrauch gemacht werde. — Vizepräsident Abg. Schmidt bemerkte, es sei in neuerer Zeit wiederholt eine feste Anstellung weiterer Stenographen erfolgt. — Abg. Liebmacht (Soz.) wünschte eine Vervollständigung der Reichstagswahlens-Statistik. — Wegen der schwachen Besetzung des Hauses sprach Abg. Richter den Wunsch aus, daß der Antrag Ander erst bei der dritten Lesung des Etats, bei vorausgesetzter festerer Besetzung des Hauses, zur Beratung komme. Zumal auch deshalb, weil es sich bei dem Antrage um eine Verfassungsänderung handelt. Präz. v. Bülow konstatirt demgemäß, daß der Antrag Ander für die Lesung zurückgezogen sei. Abg. Lieber referirte alsdann über den Kommissionsbeschluss betreffend Errichtung eines Präsidialgebäudes. Abg. v. Stumm beantragte die in dem Antrage Levetzow-Schmidt geforderten 300,000 M. zu bewilligen für Grundbesitz und Projektbearbeitung aber nicht zugleich als erste Rate. Abg. Schmidt-Eberfeld konstatirte demgegenüber, daß gerade die Bewilligung gleich als erste Rate von der Mehrheit der Budgetkommission gewünscht worden sei. Nach Erledigung des Reichstagssetats, zu welchem die Resolution wegen Vorlegung eines Nachtragsetats für ein Präsidialgebäude mit der von Herrn v. Stumm beantragten Maßgabe angenommen wurde, daß die erste Rate nur für Grundbuch und Plan bestimmt sein soll, wurden noch en bloc die Grundbuchordnung und das Zwangsvollstreckungsgesetz endgültig angenommen, sowie einige Petitionen erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch: Antrag Schwerin gegen Sollcredite für Getreide.

Die Reform des Militärstrafverfahrens soll nach offiziellen Verlautbarungen ebenfalls an den Reichstag gelangen. In Bundesratssitzungen soll die bestimmte Zusage auf eine baldige erledigende Lösung der Angelegenheit vorherrschen. Diese „befriedigende Lösung“ ist nach Verlauf der ersten Sitzung in den Ausschüssen des Bundesrathes zu erwarten; die zweite Lesung dürfte nach der ersten Entscheidung nur noch wenige Sitzungen beanspruchen. Hiernach wird der Reichstag aber erst im Winter 1897/98 diese Angelegenheit erledigen können, da die parlamentarische Saison um Pfingsten geschlossen werden soll. Die Reform kann demnach, entgegen dem positiven Versprechen, in dieser Saison nicht mehr an den Reichstag gebracht werden.

Das Schuldentilgungsgesetz hat in der Budgetkommission auf Antrag des Centrums erhebliche Änderungen erfahren. Zunächst werden die Ueberbühne des laufenden Jahres in höherem Maße zur Schuldentilgung herangezogen, als es das vorjährige Gesetz vorschrieb. Nach diesem sollte die Hälfte der Mehrüberweisungen zur Schuldentilgung einbehalten werden, die andere Hälfte den Einzelstaaten verbleiben. Nun wird der Ueberbühne etwas über 63 Millionen betragen; beide Theile würden also gegen 32 Millionen erhalten. Nun ist aber beschlossene worden, daß das Reich 50 Millionen erhalten soll, somit den Einzelstaaten nur 13 Millionen verbleiben. Die Anleihe des laufenden Jahres beträgt 26 Millionen. Dieser Betrag wird durch die 50 Millionen nicht vermerkt werden, es bleiben auch noch 24 Millionen für wirkliche Schuldentilgung, das ist mehr als 1 pCt. der gesammelten Reichsschuld. Sodann hat die Kommission beschlossen, daß von den etwaigen Mehrüberweisungen des nächsten Jahres (1897/98) nicht, wie die Vorlage will $\frac{1}{2}$, sondern $\frac{3}{4}$ vom Reich zur Schuldentilgung einbehalten werden sollen. Staatssekretär Graf v. Posadowsky hat neulich schon das Mehr auf mindestens den gleichen Betrag wie im laufenden Jahre geschätzt. Das Reich wird also im nächsten Jahre mindestens 48 Millionen zur Schuldentilgung verwenden können. Die Kommission hat weiter dem § 2, der das Etatsjahr 1897/98 mit 1899/1900 verknüpft, eine klare Fassung gegeben. Zunächst wurde deutlich ausgesprochen, daß, falls nach dem Etat die Materialumlagen die Ueberweisungen übersteigen, die Einzelstaaten zunächst zurückgreifen haben auf die ihnen aus dem Jahre 1897/98 verbleibenden Mehrüberweisungen, und daß erst, wenn die Materialumlagen die Ueberweisungen um mehr als diesen Betrag übersteigen, das Reich seinen Theil der Mehrüberweisungen herzugeben hat. Wie haben schon früher darauf hingewiesen, daß man nun leicht den Etatsentwurf so gestalten könne, daß das Reich sein Geld wieder hergeben müsse, während gleichzeitig die Einzelstaaten Mehrüberweisungen

erhielten, daß somit das Reich auf Schuldentilgung verzichten müsse, damit die Einzelstaaten Gelder erhalten könnten. Dem ist die Kommission begegnet mit dem Zusatz, daß vom Reich das Geld nur zurückgefordert werden kann, soweit der Bedarfsetat nicht durch Mehrerträge bei den Ueberweisungensteuern Deckung findet. Somit hat das Gesetz in der Kommission wesentliche Verbesserungen erfahren. Seine Annahme im Plenum ist zweifellos; auch der Bundesrath wird zustimmen.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Montag zunächst den Rest des Domänenetats ohne erhebliche Debatte. Eine längere Erörterung war bei den Einnahmen aus dem Versteigerungsregal über das Monopol der Firma Stantien und Becker und über den Prozeß Becker gegen Westphal erwartet worden, man verzichtete darauf mit Rücksicht auf die schwebenden Strafverfahren gegen Becker und „gegen Unbekannt“. Es folgte darauf der Fortsetzung, der zu längeren Debatten hauptsächlich über Gehaltsfragen Veranlassung gab. Auch wurde bei den Einnahmen über Bildhauern, Vertheilung von Waldstücken u. dergl. verhandelt. So verlangte insbesondere Abg. Szmulfa (Str.) Vertheilung von Waldstücken in größeren Massen an die armen Leute. Oberlandforstmeister Donner erklärte, daß in dieser Beziehung die Doppelner Regierung bereits eine Verfügung erlassen habe. Abg. Kircher berichtete über zahlreiche Beschwerden, die ihm und dem Abg. Dasbach aus den Kreisen Fulda, Hünfeld und Gerfeld über die Handhabung der Staatsaufsicht über die gemeindefähigen Waldungen auf Grund einer von ihnen erlassenen Zeitungsannonce zugegangen seien. Freier von Lucius habe wegen dieser Annonce im Herrenhause gegen ihn und den Abg. Dasbach den Vorwurf erhoben, eine künstliche Agitation in die Bevölkerung hineingetragen zu haben. Dagegen müßte er entschieden protestiren; es sei die Pflicht der Abgeordneten, sich über die Verhältnisse in ihren Wahlkreisen zu unterrichten. Es sei auch noch Grund genug zu jenen Beschwerden vorhanden. (Bravo! im Centrum.) Oberlandforstmeister Donner bemerkt, daß in der Angelegenheit der Gemeindefähigkeitswahlen zwischen dem Ministerium und dem Abg. Dasbach eine Correspondenz stattgefunden habe, und daraufhin eine Untersuchung veranlaßt worden sei, welche die völlige Grundlosigkeit aller dieser Beschwerden ergeben habe. Die Abg. Krause-Waldenburg (freis.), Horn (natl.) und Hofmann (natl.) klagen über die Zurücksetzung der Forstbesitzer hinter den Anwärtern aus dem Selbstgütercorps, fanden aber kein Entgegenkommen bei den Regierungsvertretern. Besser erging es den Abg. Riech (Str.), Sische (natl.) u. A. mit ihren Wünschen nach Verringerung der Forster. Oberlandforstmeister Donner verlas im Einverständnis mit dem Finanzminister eine Erklärung, wonach Verhandlungen im Gange sind darüber, ob die Forster unter die Subalternbeamten einzureihen seien. (Bravo!) Auch soll nach Regelung der Gehaltsaufbesserung der höheren und mittleren Beamten erwogen werden, ob und in welchem Umfange den Forstern eine Gehaltssteigerung gewährt werden könne. — Die Beratung des Fortsetats wurde ohne weitere erhebliche Debatte zu Ende geführt. Dienstag: Eisenbahnetat.

Das Lehrerbildungsgesetz vom 3. März d. J. ist im Reichsanzeiger veröffentlicht worden.

Spanien.

Madrid, 7. März. In Cadix sind lebhafteste Vorbereitungen zur eventuellen Ueberführung weiterer Verstärkungen nach den Philippinen im Gange. — Aus der Provinz Pinar del Rio (Cuba) sind Meldungen über bedeutende militärische Operationen eingegangen. Es wurden Lagerplätze und Lazarethe der Aufständischen zerstört, wobei 71 derselben getödtet und zahlreiche verwundet wurden. General Bessler erklärte einem Berichterstatter gegenüber die Nachricht, er bestohe keine Entlassung zu nehmen, für vollkommen unbegründet; er sei über die militärischen Operationen sehr befriedigt. — Aus Manila wird gemeldet: Gestern brannten hier 2000 Häuser nieder. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Amerika.

Washington, 6. März. Präsident McKinley berief eine Specialsitzung des Congresses für den 15. März ein.

Rio de Janeiro, 6. März. Von ihrem Anführer Conde de Albuquerque angeführte Anhänger einer Fanatiker-Secte tödteten den Obersten Moreira Cesar, drei andere Officiere und 200 Soldaten. In Rio herrscht Erregung. Die Bevölkerung hat die Redaktionen zweier monarchistischer Blätter geplündert und das Material verbrannt.

Buenos Ayres, 6. März. In Uruguay ist eine Revolution ausgebrochen, die erster zu werden scheint. Zwei in Argentinien ausgerüstete Expeditionen sind im nördlichen Theile von Uruguay einmarschirt.

Afrika.

Wie dem Reuters Bureau aus Brazzaville gemeldet wird, hat der Sultan von Morin capitulirt und einen Vertrag unterzeichnet; der Sultan wurde wieder eingekerkert, jedoch unter englische Aufsicht gestellt.

Der Central News zufolge verlangt Präsident Kruger vom Oranje-Freistaat ein engeres Bündniß mit Transvaal sowie eine Vermehrung der Militärmacht im Freistaat.

40. Rheinischer Provinzialantrag.

Düsseldorf, 8. März.

Die heutige Sitzung wurde vom Vorsitzenden mit der Mittheilung eröffnet, daß infolge angelegter Arbeiten der Commission die Plenarsitzungen am Mittwoch und Donnerstag ausfallen. Das übliche Ständebestehen findet in der nächsten Woche, Mittwoch, die Schlußsitzung am darauffolgenden Donnerstag statt.

Es erklärte alsdann Herr Abgeordneter Dieckhoff den Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung in den Etatsjahren 1894/95 und 1895/96, welcher debattellös zur Annahme gelangte.

Dagegen knüpfte Herr Landesdirektor Klein an den Vorbericht zum Hauptetat der Provinzialverwaltung 1897/98 und 1898/99 einige Ausführungen. Daß der Bericht ziemlich ungünstig ausgefallen sei, glaubte der Redner darauf zurückführen zu müssen, daß namentlich die Ausgaben des Landbauverbandes gewaltig gestiegen seien infolge neuerer gesetzlicher Bestimmungen. Auch die Ausgaben für die Feuerpfege seien größer geworden und durch die neue Novelle zum Feuer- und Invaliditätsgesetz traten auch neue Ansprüche an die Versicherungsanstalt „Rheinland“ heran. Redner schloß mit dem Vorschlage, die Verwaltungskosten durch 11 1/2 Umlage auf das staatliche Steuerloß zu decken.

Dagegen wendet sich Abg. Fröhgen, der die letzte Frage dahin gestellt wissen will, daß man der Verwaltung das erforderliche Geld bewillige und dasselbe auf die Staatsentlastungen verlege.

Abg. Graf v. Sodenroth machte auf die wachsenden Ausgaben für die Feuerpfege aufmerksam, wobei festgestellt sei, daß die Westfälische Provinz namentlich in den Städten und Suburbangebieten stärker aufsteige. Eine dementsprechende stärkere Heranziehung dieser beiden Theile zur Beitragspflicht zur Feuerpfege sei deshalb wohl in Erwägung zu ziehen.

Abg. Oberbürgermeister Beyerer-Gien meinte, wenn man eine Statistik über den Verbreitungsgebiet der Westfälischen Provinz aufstelle, dann müße man aber auch gleich über Alles staatliche Nachweise führen und hienzu einmal sehen, wie die Provinzialstraßen am Meisten zu Gute kämen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde der Bericht über den Vermögensstand des Rheinischen Provinzialverbandes verlesen.

Vorgänge Tagesordnung: Ständebestehen; Reorganisation der Feuerpfege.

Der Hauptetat für die Jahre 1897/98 und 98/99 stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf

gegen den Voretat mit	9,417,000 M.
um mehr	8,821,000 M.
um mehr	797,000 M.

Das Vermögen des Rheinischen Provinzialverbandes beträgt:

A. Centralverwaltung und Anstalten	20,885,420 M.
B. Landesbank	6,347,380 "
C. Meliorationsfonds	2,003,800 "
D. Provinzial-Feuer-Societät	6,250,000 "
	35,486,600 M.

Der Vorsitzende eröffnete die heutige Plenarsitzung mit der Verlesung eines Telegramms des Fürsten Wied, in welcher dieser sein Ausbleiben in Folge Krankheit entschuldigt. Es wurde Johann der Antrag des Ausschusses über den Entwurf einer neuen Verordnung, betr. die Ausführung des Ständebestehens in der Rheinprovinz debattellös der 2. Sach-Commission übergeben.

Dagegen entspann sich über den folgenden Punkt der Tagesordnung: „Bericht und Anträge des Provinzialausschusses betr. die Fürsorge für die Geisteskranken und Epileptiker der Rheinprovinz“ eine längere, theilweise recht lebhafte Debatte. Zunächst nahm als Referent der Herr Landesdirektor das Wort, der betonte, daß die vorliegende Materie zu den wichtigsten gehöre, die den Landtag in der laufenden Session zu beschäftigen hätten. Durch das Gesetz vom 1. April 1893 seien der Provinz in der Fürsorge für die Geisteskrankten Aufgaben aufgegeben worden und sei es von dieser Zeit an das Schreiben der Verwaltung gewesen, nicht nur die kranken, sondern auch die geistig Gesunden in die einzelnen Anstalten zu bringen, namentlich die geistigsten und Unabgängigsten der Anstaltsärzte von den jeweiligen Anstaltsleitern. Während nun die im Jahre 1895 angestellte Deputation des Provinzialausschusses noch von der Errichtung neuer Provinzialanstalten abstand nehmen zu können glaubte, habe der kurz darauf folgende Marienberg-Prozeß und die in Folge dessen seitens der Regierung ergangenen gesetzlichen Maßnahmen nunmehr die Nothwendigkeit solcher Neubauten dringend dargelegt. In längeren Ausführungen kam der Redner nunmehr auf den Marienberg-Prozeß und die maßlose Erregung zurück, die sich anlässlich desselben der öffentlichen Meinung bemächtigt habe. Er weist namentlich die Ungerechtigkeit der damaligen Angriffe auf die Provinzialverwaltung und auf die Anstaltsärzte nach und gelangt zu dem Resultate, daß diese beiden Theile reich voll und ganz ihre Schuldigkeit gethan hätten. Die sämtlichen damaligen Schlußfolgerungen, namentlich der Beschlüsse, seien von solchen Voraussetzungen ausgegangen, wie demzufolge ihre Tüchtigkeit — in den Hauptpunkten wenigstens — zur Folge gehabt habe.

Redner, der im Verlaufe seiner Ausführungen in eine gelinde Ausrufung gerath, vertheilte und empfahl zum Schluß die Anträge des Ausschusses, die nicht im Gegensatz stehen zu der in der Debatte am 18.95 niedergelegten Reformen, und die dringend nöthig seien, sofern die Provinzialverwaltung noch genügende Garantie betriffs der angestrichenen Fürsorge für die Geisteskranken der Provinz übernehmen könne.

Diese neuen Anträge des Ausschusses laufen in der Hauptsache darauf hinaus, daß 1) eine neue 6. Provinzial-Anstalt gebaut werden soll, daß 2) die Grafenberger und Wetzlarer Anstalten durch bauliche Umänderungen der Aufnahme von je weiteren 200 Kranken fähig gemacht werden sollen und daß 3) eine besondere Station für irre Verbrecher errichtet wird. Die Kosten dieser Neu-Einrichtungen betragen nach den Berechnungen des Ausschusses auf insgesamt 5,190,000 Mark berechnet.

In der Diskussion betonte zunächst der Abg. Oberbürgermeister Beyerer-Gien, daß die heutige Debatte nicht in manchen grundsätzlichen Punkten von denjenigen des Jahres 1895 unterseide. Im Allgemeinen sei er mit den Vorschlägen des Ausschusses ein-

verstanden, nur ihre Verbreiter da die Fürsorge Herr Landesdirektor.

Abg. Landbeiden Denkschriften Gegenstände, er vertheilte 2. Anträge sich der Herr Oberbürgermeister Schickelbein, welchem der Rat anlässlich der U. auspricht.

Die weiteren Provinzialanträge Diskussion der Rache die Ordnung: Ständebestehen; Reorganisation der Feuerpfege.

Abg. Fröhgen, der die letzte Frage dahin gestellt wissen will, daß man der Verwaltung das erforderliche Geld bewillige und dasselbe auf die Staatsentlastungen verlege.

Abg. Kircher berichtete über zahlreiche Beschwerden, die ihm und dem Abg. Dasbach aus den Kreisen Fulda, Hünfeld und Gerfeld über die Handhabung der Staatsaufsicht über die gemeindefähigen Waldungen auf Grund einer von ihnen erlassenen Zeitungsannonce zugegangen seien.

Oberlandforstmeister Donner erklärte, daß in dieser Beziehung die Doppelner Regierung bereits eine Verfügung erlassen habe. Abg. Kircher berichtete über zahlreiche Beschwerden, die ihm und dem Abg. Dasbach aus den Kreisen Fulda, Hünfeld und Gerfeld über die Handhabung der Staatsaufsicht über die gemeindefähigen Waldungen auf Grund einer von ihnen erlassenen Zeitungsannonce zugegangen seien.

Freier von Lucius habe wegen dieser Annonce im Herrenhause gegen ihn und den Abg. Dasbach den Vorwurf erhoben, eine künstliche Agitation in die Bevölkerung hineingetragen zu haben. Dagegen müßte er entschieden protestiren; es sei die Pflicht der Abgeordneten, sich über die Verhältnisse in ihren Wahlkreisen zu unterrichten.

Es sei auch noch Grund genug zu jenen Beschwerden vorhanden. (Bravo! im Centrum.) Oberlandforstmeister Donner bemerkt, daß in der Angelegenheit der Gemeindefähigkeitswahlen zwischen dem Ministerium und dem Abg. Dasbach eine Correspondenz stattgefunden habe, und daraufhin eine Untersuchung veranlaßt worden sei, welche die völlige Grundlosigkeit aller dieser Beschwerden ergeben habe.

Die Abg. Krause-Waldenburg (freis.), Horn (natl.) und Hofmann (natl.) klagen über die Zurücksetzung der Forstbesitzer hinter den Anwärtern aus dem Selbstgütercorps, fanden aber kein Entgegenkommen bei den Regierungsvertretern. Besser erging es den Abg. Riech (Str.), Sische (natl.) u. A. mit ihren Wünschen nach Verringerung der Forster.

Oberlandforstmeister Donner verlas im Einverständnis mit dem Finanzminister eine Erklärung, wonach Verhandlungen im Gange sind darüber, ob die Forster unter die Subalternbeamten einzureihen seien. (Bravo!) Auch soll nach Regelung der Gehaltsaufbesserung der höheren und mittleren Beamten erwogen werden, ob und in welchem Umfange den Forstern eine Gehaltssteigerung gewährt werden könne.

Die Beratung des Fortsetats wurde ohne weitere erhebliche Debatte zu Ende geführt. Dienstag: Eisenbahnetat.

Das Lehrerbildungsgesetz vom 3. März d. J. ist im Reichsanzeiger veröffentlicht worden.

Spanien.

Madrid, 7. März. In Cadix sind lebhafteste Vorbereitungen zur eventuellen Ueberführung weiterer Verstärkungen nach den Philippinen im Gange. — Aus der Provinz Pinar del Rio (Cuba) sind Meldungen über bedeutende militärische Operationen eingegangen. Es wurden Lagerplätze und Lazarethe der Aufständischen zerstört, wobei 71 derselben getödtet und zahlreiche verwundet wurden. General Bessler erklärte einem Berichterstatter gegenüber die Nachricht, er bestohe keine Entlassung zu nehmen, für vollkommen unbegründet; er sei über die militärischen Operationen sehr befriedigt. — Aus Manila wird gemeldet: Gestern brannten hier 2000 Häuser nieder. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Amerika.

Washington, 6. März. Präsident McKinley berief eine Specialsitzung des Congresses für den 15. März ein.

Rio de Janeiro, 6. März. Von ihrem Anführer Conde de Albuquerque angeführte Anhänger einer Fanatiker-Secte tödteten den Obersten Moreira Cesar, drei andere Officiere und 200 Soldaten. In Rio herrscht Erregung. Die Bevölkerung hat die Redaktionen zweier monarchistischer Blätter geplündert und das Material verbrannt.

Buenos Ayres, 6. März. In Uruguay ist eine Revolution ausgebrochen, die erster zu werden scheint. Zwei in Argentinien ausgerüstete Expeditionen sind im nördlichen Theile von Uruguay einmarschirt.

Afrika.

Wie dem Reuters Bureau aus Brazzaville gemeldet wird, hat der Sultan von Morin capitulirt und einen Vertrag unterzeichnet; der Sultan wurde wieder eingekerkert, jedoch unter englische Aufsicht gestellt.

Der Central News zufolge verlangt Präsident Kruger vom Oranje-Freistaat ein engeres Bündniß mit Transvaal sowie eine Vermehrung der Militärmacht im Freistaat.

